

Paul Roth

**Die Streitkräfte Russlands:** „Eine Armee, die auf die eigenen Leute schießt“

Im Jahre 1985, als Gorbatschow Generalsekretär wurde, erschien eine Werbebroschüre *100 Fragen, 100 Antworten* für den Wehrdienst in der Sowjetunion, in der man lesen konnte: „Jeder sowjetische junge Mann träumt davon, Verteidiger des sozialistischen Vaterlandes zu werden.“

Das stimmte damals schon nicht. Man wusste von der Rekrutenschinderei in den Streitkräften, man war erschüttert, als die Zinksärge mit den toten Soldaten aus Afghanistan kamen. Aber man musste den Mund halten, noch schwebte der Lorbeerkranz des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“ über den Streitkräften, noch war das Land eine große Kaserne.

Doch bereits zu Zeiten Gorbatschows begann die Kritik sich zu regen. In den neunziger Jahren pöbelten halbstarke Lümmel Kriegsveteranen an: „Wenn ihr nicht so tapfer

gekämpft hättet, könnten wir heute bayerisches Bier trinken.“ Die *Armeiskaja gaseta* veröffentlichte die Ergebnisse einer Befragung. Auf die Frage, ob die Armee der Platz sei, um sozial mündig zu werden, antworteten 74 Prozent mit „Nein“. Die *Iswestija* kommentierte dies so: „Die Leser sind fast einer Meinung – die gegenwärtige Armee ist eher eine Institution der Repression, angewandt gegen die weniger Mobilten unter den Jugendlichen, die unfähig gewesen sind, sich der Erfüllung der ‚heiligen Pflicht‘ zu entziehen. ... Warum hat sich so viel im Lande verändert, doch die Armee ändert sich nicht?“ Die Überschrift „Eine Armee, die auf die eigenen Leute schießt“ ist aus den *Moskowskie nowosti* übernommen, wo über Deserteure berichtet wird, die mit einer Waffe geflohen sind und sich den Weg freischossen. Der Verfasser stellt fest: „Die russischen Streitkräfte zersetzen sich eindeutig.“

Seit den neunziger Jahren häuften sich in den russischen Medien die Berichte über die Missstände in den Streitkräften. An erster Stelle standen immer Informationen über die Misshandlung von Rekruten durch Vorgesetzte.

1999 meldete *INTERFAX*, dass in der russischen Armee alljährlich 2000 Soldaten ihr Leben lassen. Die Stiftung „Recht der Mütter“ ist überzeugt, dass die Hälfte der Soldaten Selbstmord wegen unmenschlicher Behandlung begangen hat. Tausende junger Russen versuchen sich dem Wehrdienst zu entziehen, vielfach durch Bestechungsgelder. Die Anzahl der Deserteure hat ständig zugenommen. 1997 fahndete man nach mehr als 4000 Deserteuren der Landstreitkräfte. Teilamnestien haben das Problem nicht lösen können. 1998 gab das russische Fernsehen bekannt, dass von 13 000 Deserteuren etwa 6000 zurückgekehrt seien. Mangelhafte Verpflegung, ausstehender Sold sind einige der Ursachen. So verließ der

achtzehnjährige Serekin seinen Posten, ging in den Offiziersspeiseraum, erschoss den dortigen Posten. Dann brach er in die Speisekammer ein, um sich danach zu erschießen.

Die Rückführung von hunderttausenden von Soldaten aus den „Bruderstaaten“ führte dazu, dass in Russland 420 000 Soldaten (zumeist Offiziere) keinen Wohnraum haben, teilweise hausen sie in Eisenbahnwaggons.

Die Kriminalität in den Streitkräften hat zugenommen. Ein Witz berichtet, aus Moskau habe sich ein tschetschenischer Bandit um Waffenlieferung aus der Heimat bemüht und die Antwort erhalten, das sei zu umständlich, man schicke ihm Dollars, er solle in einer Moskauer Kaserne einkaufen gehen.

Selbst hohe Offiziere sind wegen Verkaufs von Kriegsgerät abgeurteilt worden. Über die Waffenverkäufe in Tschetschenien, die Verbrechen an der Zivilbevölkerung müsste man einen eigenen Artikel schreiben. Der Prozess gegen den Oberst Budanow, der eine Tschetschenin vergewaltigt und ermordet hat, wird von Seiten der Armee ständig hinausgezögert. Man möchte ihm teilweise Unzurechnungsfähigkeit bescheinigen lassen und hofft auf eine Amnestie.

Verbitterung hat auch die Tatsache ausgelöst, dass eine Reihe von Generälen sich von Soldaten Häuser hat errichten lassen. Und natürlich hat die Nichtauszahlung des Soldes nicht nur Soldaten, sondern auch Unteroffiziere und Offiziere mit ihren Familien in Notlagen gebracht. Teilweise haben die Offiziere sich mit Schwarzarbeit Geld verdient.

Der Abbau des Feindbildes unter Gorbatschow stellte die Frage nach der Größe der Streitkräfte. Allerdings muss man hinzufügen, dass heute einige Generäle wieder gern ein Feindbild hätten. Der Zerfall der Sowjetunion musste auch zu einer Aufteilung der Streitkräfte führen.

Die wirtschaftliche Talfahrt Russlands zwang die Regierung, im Westen Milliarden schulden zu machen. Die Ausgaben für Rüstung und Militär mussten ständig – gegen den Protest der Militärs – gekürzt werden. Gleichzeitig veralteten die Waffen, Flugzeuge, Schiffe, Panzer und so weiter. Sold wurde monatelang nicht gezahlt, obwohl er teilweise unter dem Existenzminimum lag. Auch die Verringerung der Streitkräfte löste das Finanzproblem nicht.

Der Verteidigungsminister Sergejew erklärte

am 11. 12. 1998 in der TASS: Bei den strategischen Raketentruppen sei bei etwa sechzig Prozent die festgelegte Betriebsdauer abgelaufen, bei den Luftstreitkräften seien lediglich dreißig bis 35 Prozent der Gefechtstechnik intakt, außerordentlich schwierig sei die Lage bei den Seestreitkräften. Zwei Jahre später warnte der Generalstab, Russlands Streitkräfte seien nicht mehr in der Lage, das Land zu verteidigen. Im Bürgerkrieg gegen Tschetschenien zeigte sich, dass man das Territorium besetzen, aber nicht beherrschen konnte. Ab und zu erscheint eine Nachricht über ein neues Raketenmodell, einen neuen Panzer, ein neues Atom-U-Boot. Doch fehlt offensichtlich das Geld, diese Waffen in ausreichender Zahl zu produzieren. Die verbliebene Rüstungsindustrie arbeitet für den Export. Der Untergang des U-Bootes Kursk war ein verheerender Schlag gegen das Vertrauen in die Streitkräfte. Die Propagandalüge, die Kursk sei von einem fremden U-Boot gerammt worden, musste aufgegeben werden.

Die Reduzierung der Rüstungsindustrie, die Verringerung der Streitkräfte waren teilweise durch den Mangel an Geld erzwungen. Spätes-

tens seit Beginn der neunziger Jahre war man sich jedoch klar darüber, dass eine Streitkräftereform unausweichlich würde. Das führte verständlicherweise zu Konflikten zwischen Regierung und den Generälen.

Immerhin sind die Streitkräfte von 2,8 Millionen im Jahre 1992 auf 1,2 Millionen im Jahre 1998 verringert worden. Doch ist man sich nicht klar, in welche Richtung die Reform gehen soll: Zusammenlegung verschiedener Waffengattungen, Aufgliederung in territoriale Armeen, weitere Reduzierung der Mannschaftsstärke?

So ist es nicht verwunderlich, dass Putin das Jahr der „Reform des Militärsystems“ erklärt hatte. Oberste Priorität sei die „Festigung des Staates“. Unter den Militärs gibt es einen Streit darüber, ob man auf die Verstärkung der konventionellen Bewaffnung oder auf Nuklearwaffen setzen soll. Immer noch geht die russische Militärdoktrin von der Bedrohung durch westliche Staaten aus.

Ungeachtet aller in diesem Text erwähnten Mängel der russischen Streitkräfte verfügen sie noch über ein beachtliches Potenzial an Nuklearraketen (einschließlich der neu

entwickelten Rakete „Topol“).

In der Verfassung der Russischen Föderation vom Dezember 1993 heißt es in Artikel 59 Absatz 3: „Falls die Ableistung des Militärdienstes zu den Überzeugungen oder zum Glaubensbekenntnis eines Bürgers der Russischen Föderation in Widerspruch steht, hat er das Recht, stattdessen einen zivilen Ersatzdienst zu leisten; dies gilt auch in anderen vom föderalen Gesetz festgelegten Fällen.“

Da jedoch bis zur Gegenwart ein Ausführungsgesetz fehlt, waren alle Versuche von Einberufenen, diesen Zivildienst zu leisten, zum Scheitern verurteilt. Der deutschstämmige Hesse konnte – wahrscheinlich als Erster – sein Recht 1997 durchsetzen. Die Behörden rächten sich, indem sie Hesse die Ausreise nach Deutschland verweigerten. Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre laufen zwei hitzige Diskussionen nebeneinander her: die Diskussion über eine Berufsarmee und die über den Zivildienst. Im Verlauf des Jahres 2002 soll ein Programm für eine Berufsarmee ausgearbeitet werden, um es beim Budget für das Jahr 2004 zu berücksichtigen. Militär-

beobachter meinen jedoch, dass ein Übergang zur Berufsarmee noch lange auf sich warten lässt und vielleicht erst in den Jahren 2005 bis 2007 erreicht werden kann, wenn auf Grund der Schrumpfung der Bevölkerungszahl keine ausreichende Anzahl von jungen Männern zur Verfügung steht. Was den Zivildienst angeht, so wird zurzeit noch darum gerangelt. Der russische Generalstab möchte die Zivildienstleistenden in kasernenähnlichen Unterkünften unterbringen und in eigener Regie zum Beispiel als Baubataillone einsetzen. Sie sollen länger dienen als die Wehrpflichtigen. Die Regierung plant eine Zivildienstbehörde, die ihr unterstellt wird. In diesem Rahmen sind auch Verwendungen in Krankenhäusern, im Naturschutz und so weiter vorgesehen. Für Zivildienstleistende dieser Art möchten die Militärs eine Dienstzeit von vier Jahren. Vier Gesetzentwürfe für den Zivildienst liegen der Duma vor. Miriam Neubert in der *Süddeutsche Zeitung* vom 14. 2. 2002 verweist auf Erhebungen, dass junge Männer vom Land nach wie vor bereit seien, zu dienen. Es sollen 25 bis dreißig Prozent der Befragten im Wehrdienstalter sein.